

## **Dringliche Fragen**

**für die Fragestunde der 230. Sitzung des Deutschen Bundestages  
am Mittwoch, dem 20. März 2013**

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit**

1. Abgeordnete  
**Cornelia Behm**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN) Trifft es zu, dass der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Peter Altmaier, wie „DER SPIEGEL“ vom 18. März 2013 berichtet, noch im Laufe des Monats März unter anderem den Stopp von Förderprogrammen zur Elektromobilität, zur Entwicklung von Stromspeichern und für den Waldklimafonds bekanntgeben will, und für welchen Zeitraum soll diese Streichung ggf. gelten?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen**

2. Abgeordneter  
**Dr. Diether Dehm**  
(DIE LINKE.) Zur Privatisierung welcher Unternehmen hat sich die zyprische Regierung in den Verhandlungen um die Kredite aus dem Europäischen Stabilitätsmechanismus bereit erklärt, und welche Verpflichtungen beinhaltet diesbezüglich das neu verhandelte Memorandum of Understanding?
3. Abgeordneter  
**Dr. Diether Dehm**  
(DIE LINKE.) Inwiefern hat die zyprische Regierung im mit der Troika neu ausgehandelten Memorandum of Understanding oder in anderen Verhandlungen die potenziellen zukünftigen Einnahmen aus der Ausbeutung von Gas oder anderen Rohstoffen verpfändet, und in welcher Form werden diese potenziellen Einnahmen im neu verhandelten Memorandum of Understanding bzw. in anderen Abkommen im Zusammenhang mit Kredithilfen erwähnt?

4. Abgeordneter  
**Alexander  
Ulrich**  
(DIE LINKE.)
- Inwiefern sollen institutionelle Anleger, Kapitalgesellschaften und Banken nach Vorstellung der Bundesregierung an der Zwangsabgabe auf Einlagen bei zyprischen Banken beteiligt werden, und welche (weiteren) Ausnahmen von der Abgabe sind vorgesehen?
5. Abgeordneter  
**Alexander  
Ulrich**  
(DIE LINKE.)
- Was ist der Bundesregierung über Pläne der britischen Regierung bekannt, nach denen britischen Staatsbürgern mit Einlagen auf zyprischen Banken die Zwangsabgabe erstattet werden soll, und gibt es in der Bundesregierung ähnliche Überlegungen?

Berlin, den 19. März 2013